

Angriffe auf Kommunalpolitiker:innen

Die starke Stelle hilft

Martina Ansorge & Frederike Wistuba

Wenn Kommunalpolitik die Basis unserer Demokratie ist, dann sind Kommunalpolitiker:innen das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aber wie geht die Gesellschaft mit ihren Amts- und Mandatstragenden um? In Deutschland sind über ein Drittel der Kommunalpolitiker:innen von Hass und Gewalt betroffen, doch nur wenige erstatten Anzeige oder suchen Unterstützung. Seit August 2024 bietet die starke Stelle, gefördert vom Bundesministerium des Innern und angesiedelt bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention in Bonn, eine bundesweite Anlaufstelle. Sie hilft Betroffenen, geeignete Hilfsangebote zu finden und Kontakte herzustellen. Das Ziel ist, die Betroffenen zu entlasten und ihr demokratisches Engagement zu stärken. Die Ansprechstelle ist unter der Woche über die 0800 300 99 44 sowie per E-Mail an info@starkestelle.de erreichbar.

Hintergrund

In Deutschland kümmern sich Zehntausende von Menschen um kommunalpolitische Belange: Sei es als Landrätin oder Landrat, Bürgermeister:in oder Abgeordnete:r im Stadt- oder Gemeinderat. Für 60 % der rund 11.000 Bürgermeister:innen in Deutschland ist die Sorge für eine funktionierende Gemeinschaft Ehrensache – sie engagieren sich ehrenamtlich für den friedlichen und sozialen Zusammenhalt der Bürger:innen vor Ort. Dabei organisieren sie von der Betreuung der Kleinsten in Kindergärten, der Förderung der lokalen Wirtschaft bis zur Abfallbeseitigung alles im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger:innen.

Kommunalpolitisches Engagement ist unverzichtbar für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl. Leider wird das Engagement aber nicht nur anerkennend gewürdigt – über ein Drittel der kommunalen Amtsträger:innen berichtet von Anfeindungen und Angriffen gegen sich selbst, aber auch gegen Familienangehörige (https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/07/KoMo-Herbstbefragung-2024_RZ.pdf).

Unterstützung erhalten die kommunalpolitisch Engagierten seit August 2024 bei der *starken Stelle*: Die *starke Stelle* ist die bundesweite Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträger:innen, die von Hass und Gewalt

betroffen sind. Sie bietet eine vertrauliche, niedrigschwellige Verweisberatung und unterstützt dabei, passende Hilfs- und Beratungsangebote zu finden und den Kontakt dorthin herzustellen.

Die Ansprechstelle wird vom *Bundesministerium des Innern* jedenfalls bis Ende 2027 gefördert und ist bei der *Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention* in Bonn angesiedelt. Die *starke Stelle* geht auf eine Empfehlung der 2022 gegründeten *Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatstragender* zurück, der neben Kommunalpolitiker:innen u.a. auch die kommunalen Spitzenverbände angehören.

Die *starke Stelle* übernimmt eine Lotsenfunktion und arbeitet damit ergänzend zu bereits bestehenden Angeboten von Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft. Je nach Bedarf werden auch Hinweise auf Präventions-, Vernetzungs- und Empowermentangebote gegeben. Ziel ist es, kommunale Amts- und Mandatsträger:innen gezielt zu entlasten, zu unterstützen und ihr demokratisches Engagement zu stärken.

Ausgewählte Empfehlungen der starken Stelle

Anfeindungen im Netz

Online-Hass, Beleidigungen und digitale Bedrohungen gehören für viele

kommunalpolitisch Aktive inzwischen zum Alltag. Auch wenn sich Anfeindungen nicht immer verhindern lassen, ist es entscheidend, wie man damit umgeht. Prävention ist dabei ein wichtiger erster Schritt zu dem u.a. Folgendes gehört: Überprüfung der Privatsphäre- und Sicherheitseinstellungen der Social-Media-Konten, Nutzung starker Passwörter, idealerweise mit Passwortmanager oder Passkey generiert sowie Aktivierung der Zwei-Faktor-Authentifizierung. Daneben sind regelmäßige Sicherheits- und Software-Updates für Betriebssysteme, Apps und Geräte notwendig, um Schwachstellen zu schließen. Mit der Weitergabe persönlicher Informationen – insbesondere zu Familie, Wohnort oder Abwesenheiten – sollte möglichst zurückhaltend umgegangen werden. Systematische Hinweise auf diese vergleichsweise niedrigschwellige Maßnahmen sind in der Praxis oftmals sinnvoll.

Kommt es zu Hass oder Bedrohungen, empfiehlt es sich schnell zu handeln: Blockieren und melden übergriffiger Inhalte und die Dokumentation z.B. durch Screenshots mit Datum, Nutzernamen und URL. Diese Beweise sind wichtig, falls Anzeige erstattet wird. Das Einholen von Unterstützung, beispielsweise bei der Sichtung von Datenmaterial während eines „Shit-Storms“, der Hilfe bei der Anzeigenerstattung oder der Suche nach geeigneter anwaltlicher Vertretung, kann in einer Ausnahmesituation einen entscheidenden Beitrag zur psychischen Entlastung leisten. Beratungs- und Meldestellen wie *HateAid* bieten juristische Erstberatung, psychosoziale Unterstützung und Hilfe beim weiteren Vorgehen. Weitere Anlaufstellen sind *Respect!* oder *Hessen gegen Hetze*, bei denen digitaler Hass zur Anzeige gebracht werden kann.

Sicher im Wahlkampf

Wahlkampf findet nicht nur online statt, sondern vor allem im direkten Kontakt – am Infostand, bei Veranstaltungen oder von Tür zu Tür. Diese Nähe ist zentral für demokratische Arbeit,

kann aber auch mit Anfeindungen, Aggression oder bedrohlichen Situationen verbunden sein. Gute Vorbereitung erhöht hier die Sicherheit:

Wahlkampfaktionen sollten möglichst nicht alleine durchgeführt, Treffpunkte und Zeiten abgestimmt und Andere über den Einsatzort informiert werden. Das Beachten des Umfeldes und Beenden von Gesprächen, wenn diese aggressiv werden, kann zum Schutz der Sicherheit notwendig sein – Sicherheit geht vor. Eine gezielte Vorbereitung auf den Umgang mit aggressiven Gesprächspartner:innen kann gleichzeitig als Resilienztraining dienen. Solche Trainings werden von unterschiedlichen Akteur:innen wie den kommunalpolitischen Vereinigungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen angeboten.

Information über potenzielle Gefahrenlagen, entsprechende Sicherheitsaspekte von Veranstaltungen und Handlungsempfehlungen sollten vorab im Team und mit den örtlichen Sicherheitsbehörden abgestimmt werden. Kommt es zu Bedrohungen oder Übergriffen, sollten die Vorfälle dokumentiert und Anzeige erstattet werden.

Anfeindungen innerhalb der Gremien

Auch innerhalb der Gremien (z.B. im Stadtrat) kommt es immer häufiger zu Anfeindungen und (verbalen) Angriffen, die zur Folge haben, dass Mandatsträger:innen sich zu bestimmten Themen weniger oder gar nicht mehr äußern (sog. Silencing-Effekt) und die Arbeitsfähigkeit des Gremiums blockiert wird – was auch Teil einer Strategie sein kann.

Diesem Verhalten sollte möglichst schnell und direkt entgegnet werden, z.B. mit einer fraktionsübergreifenden gemeinsamen Erklärung, dass Anfeindungen, Beleidigungen und aggressiver Umgang nicht geduldet werden. Ebenfalls gilt es, auf die Einhaltung der Geschäftsordnung zu bestehen, wenn Redezeiten überzogen werden oder der Redebeitrag sich inhaltlich nicht auf den Tagesordnungspunkt bezieht. Zum Umgang mit diesen Prob-

lemen gibt es ebenfalls Ansprechstellen und unterstützende Projekte (u.a. „Respekt im Rat“ Körber-Stiftung).

Erreichbarkeit der starken Stelle

Kommunalpolitisch Engagierte können sich niederschwellig mit unterschiedlichen Bedarfen an die *starke Stelle* wenden. Die konkrete Unterstützungsform wird fallspezifisch und nach individueller Absprache passend ausgewählt. Die Kontakte der Verweisberatung reichen von Präventionsan-

geboten über Resilienztraining bis in die Sicherheitsbehörden und werden bedarfsgerecht empfohlen.

Martina Ansoerge und Frederike Wistuba sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der *starken Stelle*.
Kontakt: info@starkestelle.de

Die starke Stelle ist montags bis freitags von 9:00 bis 16:00 Uhr unter **0800 300 99 44** sowie per E-Mail an info@starkestelle.de erreichbar, wobei Termine außerhalb dieser Zeiten nach Vereinbarung möglich sind.

RESPEKT STATT BEDROHUNG!

Hass und Gewalt haben keinen Platz in der Kommunalpolitik.
Schützen Sie sich – die starke Stelle hilft.

☎ 0800-300 99 44

🌐 www.starkestelle.de

✉ info@starkestelle.de

**starke
Stelle**

Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages